Jürgen Koch – Vorsitzender der Fraktion DAK-VRV

Die Frage, mit welchen Reformen die Bundesregierung der angespannten Lage in der gesetzlichen Sozialversicherung begegnen wird, bewegt die Fraktion der DAK-VRV im Verwaltungsrat der DAK-Gesundheit seit vielen Monaten.

Im Frühjahrsgutachten des Sachverständigenrats zur Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland wird die seit 7 Jahren anhaltende strukturelle Schwäche der deutschen Wirtschaft thematisiert.

Schwerpunktmäßig befasst sich das Gutachten mit der Situation in den 4 Zweigen der deutschen Sozialversicherung und einer möglichen Entwicklung des Gesamtbeitragssatzes, der zurzeit bei rd. 42 % liegt. Laut Gut-achten würde dieser Beitragssatz ohne Reformen bis 2030 auf rd. 45 % und bis 2040 auf fast 50 % steigen.

Damit würden die Hälfte eines jeden verdienten Euros in die Sozialkassen fließen. Sozialleistungen, die aus Steuermitteln und ebenso wie die Beiträge zur Sozial-versicherung aus erwirtschafteten Euros stammen, sind in dieser Rechnung noch nicht enthalten.

Die Belastungsgrenze der beitrags- und steuerzahlenden Menschen und der Wirtschaft in diesem Lande ist erreicht, wenn nicht sogar bereits überschritten.

Dieser Beurteilung schließt sich der Bundesrechnungshof an. Deutschland lebt „strukturell über seine Verhältnisse“ an. 2026 wird fast jeder dritte, von der Bundesregierung ausgegebene Euro mit Krediten finanziert. Mit einer „soliden Finanzwirtschaft“ hat das laut Rechnungsprüfer wenig zu tun.

Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) hat in einer neuen Studie festgestellt, dass die Sozialausgaben des Bundes seit 1992 von 4,4 % auf 5,2 % des Bruttoinlands-produktes (BIP) gestiegen sind.

Standen soziale Leistungen 1992 noch für 35 % des Haushalts, so sind es heute 48 %. Pro Einwohner stiegen diese Ausgaben inflationsbereinigt um 82 %.

Nicht allein der Bund leidet unter den steigenden Sozialausgaben. Auch auf kommunaler Ebene ergibt sich das gleiche Bild: Investitionen werden vernachlässigt, Zahlungen für soziale Leistungen verzeichnen einen ungezügelten Anstieg.

Eine gefährliche Dynamik! Während der Sozialstaat immer mehr Mittel bindet, erodiert die finanzielle Leistungsfähigkeit von Unternehmen und Bürgern.

Was ist die Ursache dieser Entwicklung? Fachleute sprechen von einer politisch gesteuerten Fehlallokation der Mittel - weg von Investitionen, hin zum Sozialstaat.

Tritt das Szenario so ein wie oben beschrieben, besteht die Gefahr, dass sich noch mehr Menschen vom Leistungsgedanken verabschieden und sich ernsthaft Gedanken machen, auf Kosten des Sozialstaates zu leben.

„Keinen Grund für Pessimismus und Schwarzmalerei über die Zukunft unseres Landes“ sieht Kanzler Merz. Woher er seine Zuversicht nimmt, bleibt vorerst wohl sein Geheimnis.

Irritierend ist auch seine die jüngste Aussage über das duale Krankenversicherungssystem, also dem neben-einander von gesetzlicher und privater Krankenversicherung. Diese Aussage, die stark an den Gedanken einer Bürgerversicherung erinnert, wird, kaum war sie ausgesprochen, wieder einkassiert und richtig gestellt. Eine Bürgerversicherung, wie sie Teile der SPD seit langem fordern, sei nicht geplant. Die Frage ist, an was hatte Merz bei seiner Aussage gedacht?

Ein Blick auf die Situation in den 4 Zweigen der gesetzlichen Sozialversicherung:

Krankenversicherung:
Mit dem Beitragsstabilisierungsgesetz 2026 ist es gelungen, kurzfristig weitere Beitragssprünge zu verhindern. Allerdings mit wenig nachhaltigen Reformen und viel Belastung für die Versicherten.

Bereits für 2027 wird eine Finanzierungslücke von rd. 15 Milliarden Euro erwartet; bis 2030 könnte sie auf etwa 40 Milliarden Euro anwachsen.

Ohne nachhaltige Reformen würde das zu einem weiteren Anstieg des Beitragssatzes auf mehr als 19 Prozent führen.

Pflegeversicherung:
Extrem angespannt ist die finanzielle Lage in der Pflege-versicherung. Bis Ende diesen Jahres droht ein Defizit von mehreren Milliarden Euro, dass ohne Reformen bis Ende 2028 auf mehr als 15 Mrd. Euro ansteigen könnte.

Ursachen dafür sind die Alterung der Bevölkerung, höhere Personal- und Pflegekosten sowie die wachsende Zahl pflegebedürftiger Menschen. Wir müssen uns wohl von den Gedanken verabschieden, die Pflegeversicherung schütze uns im Alter vor einem hohen Kostenrisiko. Realität ist wohl, dass die Belastungen durch hohe Eigenanteile zunehmen werden.

Die gestern vom Kabinett beschlossene Pflegereform verdient aus Sicht der DAK-VRV nicht ihren Namen. Diese zielt primär darauf ab, durch Anhebung der Beitragsbemessungsgrenzen und einen höheren Beitragssatz für Kinderlose höhere Beitragseinnahmen zu erzielen und dadurch kurzfristig das seit langem erwartete Defizit zu verhindern. Echte Reformen gehen anders.

Rentenversicherung:
Das von der Expertenkommission Rentenversicherung vorgestellte und von Sozialministerin Bas als „Gesamtkunstwerk“ bezeichnete Konzept sollte nach den Bekundungen der Regierungskoalition ohne Abstriche umgesetzt werden.

Nach den Wahlen in Sachsen Anhalt, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern sieht die Lage allerdings ein wenig anders aus: über das „Gesamtkunstwerk“ wird wieder munter gestritten und über ein Aufschnüren des Rentenpakets diskutiert. Und dies trotz der Warnungen führender Wissenschaftler.

Dabei liegt es auf der Hand: Wenn die Zahl der Renten-bezieher steigt und die der Beitragszahler langsamer wächst, müssen entweder die Beitragssätze steigen, das Leistungsniveau sinken, mehr Steuermittel eingesetzt oder die Erwerbsphase verlängert werden.

Arbeitslosenversicherung:
Eine schwache Beschäftigungsentwicklung belastet zugleich die Beitragseinnahmen und erhöht die Ausgaben für Arbeitslosigkeit. Nachrichten über Abbau vieler gut bezahlter Jobs verheißt für die Zukunft auch für diesen Zweig der Sozialversicherung nichts Gutes.

Mitschuld an dieser Entwicklung trägt die Politik, die in allen 4 Zweigen unserer Sozialversicherung gesamt-gesellschaftlich gewollte versicherungsfremde Leistungen implementiert hat. Und zwar ohne kostendeckende Finanzierung durch den Bund, aber zulasten der beitrags-zahlenden Versicherten und deren Arbeitgebern.

Sowohl die Bürger als auch die Unternehmen sehen die Notwendigkeit von Reformen in den sozialen Sicherungs-systemen.

Bürger erwarten Schutz und Fairness; Unternehmen Planbarkeit und Wettbewerbsfähigkeit.

Die DAK-VRV fordert eine tragfähige Reform, die beides verbinden muss, statt die Lasten nur zwischen Beitrags-zahlern, Steuerzahlern und künftigen Generationen zu verschieben.

Die nächsten Monate werden zeigen, ob die Regierungs-koalition die Kraft zu solchen Reformen aufbringen kann und wird.